

Antrag

der Abgeordneten Margit Stumpp, Erhard Grundl, Katja Dörner, Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klein-Schmeink, Ulla Schauws, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Kordula Schulz-Asche, Beate Walter-Rosenheimer, Dieter Janecek, Sven-Christian Kindler, Markus Kurth, Ingrid Nestle, Dr. Konstantin von Notz, Lisa Paus, Tabea Rößner, Stefan Schmidt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bundeszentrale für digitale und Medienbildung – Medien- und digitalpädagogische Kompetenzen bündeln, vermitteln und fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der „Bundeszentrale für digitale Bildung“ soll ein Aufbruch für mehr Kompetenzen in den Bereichen Digitalisierung, Informatik und Medien gelingen. Mit dem Digitalpakt ist ein kleiner und bei weitem noch nicht ausreichender Schritt in Richtung bessere IT-Infrastruktur in den Schulen gemacht worden. Mindestens genauso dringend ist aber die Professionalisierung und Verbreitung von Bildungskonzepten, die unseren Kindern und der gesamten Gesellschaft einen souveränen, aktiven und sicheren Umgang mit den Technologien des 21. Jahrhunderts ermöglichen und sie zur aktiven Gestaltung der Digitalisierung motivieren.

Der diesjährige Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz steht unter dem Motto „Bildung in einer digitalisierten Welt“. Der „Green Deal“ der EU-Kommission sieht einen Plan zur besseren digitalen Bildung vor. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterstützt die Ansiedlung eines TUMO¹-Lernzentrums

¹ https://en.wikipedia.org/wiki/Tumo_Center_for_Creative_Technologies

nach armenischem Vorbild in Berlin. Aber: Die aktuelle ICILS²-Studie, die computer- und informationsbezogene Kompetenzen untersucht, stellt Schülerinnen und Schülern hierzulande in Bezug auf ihre digitale Kompetenzen ein schlechtes Zeugnis aus. Demnach besteht bei der Entwicklung, aber besonders beim kompetenten und kritischen Umgang mit digitalen Anwendungen, Inhalten und Medien dringender Handlungsbedarf bei Lehrkräften, Eltern sowie ganz allgemein Nutzerinnen und Nutzern digitaler Endgeräte. Das Internet ist voller Angebote und Materialien zu digitalem Lernen, ein Überblick oder eine Einordnung ist bisher kaum möglich. Hinzu kommt: Viele Institutionen und Projekte arbeiten nebeneinander her, so dass viele Erfahrungen immer wieder gemacht und Grundlagen immer wieder neu entwickelt werden müssen.

Pädagogische Fachkräfte sowie interessierte Erwachsene und Heranwachsende brauchen eine bessere Orientierung und qualitätsgesicherte Angebote. Dafür soll gemeinsam mit den Ländern und nach Vorbild der Bundeszentrale für politische Bildung eine „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung“ geschaffen werden als unabhängige und vertrauenswürdige Plattform. Sie prüft und bündelt bestehende Angebote der digitalen und Medienbildung und macht diese in der Breite bekannt. Sie kümmert sich um die finanzielle und konzeptionelle Erstellung und Unterstützung medienpädagogischer, digitalpädagogischer und informatischer Projekte, vernetzt bestehende Ideen und Erfahrungen und koordiniert die Evaluation und Begleitforschung von Projekten. Als niedrigschwellige Anlaufstelle für pädagogische Fachkräfte und Interessierte stellt sie geeignetes Material zur Verfügung, verlinkt zu qualitätsgesicherten Bildungsangeboten und bietet pädagogisch-didaktische Beratung an, unterstützt bei Bedarf schulische Entwicklungnetzwerke und informiert über gelungene Beispiele aus der Praxis. Zudem kooperiert die Bundeszentrale eng mit dem Bundes- und den Landesbeauftragten für Datenschutz und bestehenden Angeboten wie jugendschutz.net, internet-abc.de, bildung.digital oder irights.info und verweist auf deren Angebote.

Mit der „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung“ unterstreicht der Bund seinen Anspruch, dem Digitalpakt Schule zum Erfolg zu verhelfen. Mit der neuen Bundeszentrale wird das Problem angegangen, dass viele bestehende Projekte zu klein oder zu unbekannt sind, nicht gebündelt werden oder sich nur auf Teilbereiche fokussieren; eine Einordnung oder gar Prüfung des Angebots anhand von Qualitätsstandards ist für einzelne Anwender*innen deshalb kaum möglich. Mit der neuen Bundeszentrale wird diese Lücke geschlossen und werden Fragen beantwortet, die sowohl im Schulalltag als auch in der Lebensrealität vieler Menschen auftreten: Wie bewege ich mich sicher im Netz? Wie schütze ich meine Daten vor Missbrauch? Wie kann ich den digitalen Wandel aktiv mitgestalten oder wie begleite ich mein Kind oder Schüler*innen sicher in einer Welt, in der das Analoge und Digitale immer weiter verschwimmt? Wo finde ich lizenzfreie Software für meinen Unterricht? Wie muss ich in der Schule mit Urheberrechts- und Jugendschutzfragen umgehen? Das Themenspektrum ist weit und weist immer wieder Schnittmengen auf: Desinformation und Cybersicherheit, Datenschutz und Persönlichkeitsrechte, social media und online-Spiele, sicheres Surfen und Gesundheitsdaten oder Algorithmenverständnis und Künstliche Intelligenz.

2 [International Computer and Information Literacy Study 2018 - https://kw.uni-paderborn.de/institut-fuer-erziehungswissenschaft/arbeitsbereiche/schulpaedagogik/forschung/forschungsprojekte/icils-2018/](https://kw.uni-paderborn.de/institut-fuer-erziehungswissenschaft/arbeitsbereiche/schulpaedagogik/forschung/forschungsprojekte/icils-2018/)

Nach dem Vorbild der Bundeszentrale für politische Bildung, die zu einer Marke geworden ist und hohes Vertrauen und Glaubwürdigkeit genießt, soll die neue Anlaufstelle die bestehenden Angebote prüfen, einordnen und nutzerfreundlich präsentieren. So sollen bestehende Angebote qualitätsgesichert gebündelt und zur Verfügung gestellt werden, um das Angebot möglichst niederschwellig zu gestalten und eine Breitenwirkung erzielen zu können. Pädagogische Fachkräfte sowie interessierte Erwachsene und Heranwachsende finden auf einen Blick geprüftes Lehr- und Lernmaterial für ihre Arbeit sowie Beispiele guter Praxis und können sich mit Expert*innen und anderen Ratsuchenden vernetzen. Dies schafft einen enormen Mehrwert, der mithilfe von Kooperationen mit der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung vergrößert werden kann. Synergien zwischen politischer, digitaler und Medienbildung sind ausdrücklich zu nutzen. Während die Bundeszentrale für politische Bildung ihren klaren Auftrag und Fokus der politischen Bildung auch über digitale Medien und Angebote transportiert, wird die „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung“ mit ihrer klaren Ausrichtung auf den kompetenten Umgang im Netz auch politische Bildungsarbeit unterstützen. Eine klare Trennung ist hier erforderlich, um die Zuständigkeiten und Stärken nicht zu vermischen. Die Marke „Bundeszentrale“ sichert für aller Nutzerinnen und Nutzer der Angebote Vertrauen und hohe Qualität. Die „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung“ unterstützt auch Eltern als erste Ansprechpartner und wichtige Vorbilder dabei, gemeinsam mit ihren Kindern die Mediennutzung zu reflektieren sowie selbstbestimmt und aktiv zu nutzen. Das Ziel ist die Ermächtigung zum souveränen und selbstbestimmten Umgang mit digitalen Medien und zur Mitgestaltung der vernetzten Welt und des digitalen Wandels.

Die „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung“ kann damit auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Mädchen und junge Frauen stärker für digitale Anwendungen und deren Entwicklung zu begeistern und überkommenen Geschlechterklischees entgegen wirken. Studien wie die ICILS zeigen immer wieder, dass es kaum einen Unterschied in den digitalen Kompetenzen zwischen Mädchen und Jungen gibt, die Mädchen sich aber nicht von Angeboten im Bereich Informatik angesprochen fühlen. Hier gilt es ebenso Best-practice-Beispiele zu präsentieren und zu entwickeln, die alle gleichermaßen für digitale und informatische Bildungsangebote begeistern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung“ zunächst als befristetes Bund-Länder-Modellprojekt auf den Weg zu bringen. Diese umfasst
 - a. eine Online-Plattform inklusive App, die die unterschiedlichen und zahlreichen Angebote der digitalen und Medienbildung bündelt und nutzerfreundlich präsentiert, eingeordnet und qualitätsgesichert anbietet und eigene Inhalte produziert, um Pädagoginnen und Pädagogen sowie interessierten Erwachsenen und Heranwachsenden schnell, einfach, übersichtlich und kompetent Unterstützung zu ermöglichen;

- b. einen Schwerpunkt für die Zielgruppe der pädagogischen Fachkräfte sowie interessierte Erwachsene und Heranwachsende.
Das bedeutet
 - i. eine nutzerfreundliche und barrierefreie Website und App mit dem Fokus auf freie Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources), auf der Inhalte für digitale und Medienbildung kuratiert bereitgestellt, qualitätsgeprüft und von den NutzerInnen bewertet werden können,
 - ii. eine Qualitätsprüfung der Angebote nach Vorbild des Materialkompasses der Verbraucherzentrale: Material wird auf Grundlage eines Kriterienkatalogs geprüft sowie transparent und unabhängig bewertet. Hierbei sind interne wie externe Begutachtungen möglich,
 - iii. eine pädagogische Beratung und Weiterbildungstools für Lehrkräfte, die besondere Herausforderungen wie beispielsweise den Gendergap in der Informatik oder gesellschaftliche Fragen im Zusammenhang mit neuen Technologien in den Blick nehmen
 - iv. eine Präsentation von Best-practice-Beispielen und
 - v. eine Ermöglichung des Austauschs zwischen Expertinnen und Experten sowie Ratsuchenden.
 - c. eine Grundversorgung an fremd- und eigenproduzierten Inhalten anzubieten zur rechtssicheren Nutzung des Internets, zum Schutz vor Gefahren und Befähigung zum kompetenten Bewegen im Netz. Dazu zählen Themen wie, Urheberrecht, Medienproduktion, Informatik, Datenschutz (in enger Abstimmung mit den zuständigen Datenschutzbehörden), Desinformation und IT-Sicherheit,
 - d. ein jährliches Budget von 10 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unter inhaltlicher Zusammenarbeit mit der Staatsministerin für Kultur und Medien und der Staatsministerin für Digitalisierung. Mit den Mitteln werden Personal, Technik, Öffentlichkeitsarbeit, Betriebskosten, Gutachten, Qualitätsprüfung, App-Entwicklung, Lizenzen, Programmierung und eigene Inhalte finanziert. Das BMBF ist verantwortlich für die Ausschreibung und Vergabe der Bundeszentrale an einen geeigneten Verband, Akteur der Zivilgesellschaft oder Institut.
 - e. einen unabhängigen wissenschaftlichen Beirat aus Praxis, Forschung und Zivilgesellschaft einzurichten, der die Bundeszentrale strategisch berät.
2. parallel zum Modellprojekt intensive Gespräche mit den Ländern aufzunehmen, um die „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung“ zu verstetigen und gegebenenfalls auszubauen.

Berlin, den 10. März 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion